

A m t s v e r m e r k

über die Konferenz mit den österreichischen Botschaftern
in London, Moskau, Paris und Washington, am 28.3.1955, 16.15^h

Anwesende: Herr Bundeskanzler,
Herr Vizekanzler,
Herr Bundesminister für die Auswärtigen Angele-
genheiten,
Herr Staatssekretär,
Botschafter Bischoff,
Botschafter Gruber,
Botschafter Schwarzenberg,
Botschafter Vollgruber,
Herr Generalsekretär und
Gesandter Schöner.

Der Herr Bundeskanzler begrüßte die Erschienenen und betont, dass die Einladung der Botschafter unabhängig schon vor den letzten Ereignissen erfolgt ist. Er weist auf den zehnten Jahrestag der österreichischen Befreiung hin und betont, dass die gewissen Pläne von Trauer- und Protestkundgebungen fallen gelassen wurden. Der 27. April wird als Erinnerungstag an die erste Regierung in einer Festsitzung gefeiert werden, bei welcher der Herr Bundespräsident und der Herr Bundeskanzler Reden halten werden, allenfalls wird bei diesen Sitzungen neuerlich an die vier Mächte appelliert werden, in Wien zusammenzutreten, um den Staatsvertrag endlich fertigzustellen.

Der Bundeskanzler fragt die Botschafter, wie die Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, eine Einladung zu einer neuen Konferenz aufnehmen würden? Wir sind der Meinung, dass die österreichische Delegation in Moskau keine Abschlüsse machen, sondern sich nur über die russischen Absichten erkundigen und sondieren soll. Des weiteren führte der Bundeskanzler aus:

1. Es ist für uns klar, dass wir die Einladung der russischen Regierung nicht ablehnen können, nachdem bereits den drei anderen Mächten Staatsbesuche abgestattet worden sind.

2. Wir wissen, dass wir der Einladung bald Folge leisten müssen. Wir meinen, dass dies in der Woche nach Ostern geschehen soll. Aufenthalt voraussichtlich zwei bis drei Tage, ohne dass hiebei Abschlüsse getroffen würden. Es müsste klargestellt werden, was sich die russische Regierung unter Garantie vorstellt. Nach der Rückkehr wird in Wien über das Ergebnis beraten werden, insbesondere um festzustellen, ob der schon vorher geplante Appell an die vier Besatzungsmächte anlässlich der Feiern des 27. April erfolgen kann oder nicht.

3. An der Reise sollen der Bundeskanzler selbst, der Vizekanzler, der Aussenminister und Staatssekretär Kreisky teilnehmen. Der Bundeskanzler fordert nun die Botschafter zur Stellungnahme auf.

BISCHOFF: Ich glaube, dass die Vorschläge des Bundeskanzlers in den Rahmen dessen fallen, was sich die Leute in Moskau vorstellen, Selbstverständlich kann nichts geschehen, womit nicht alle vier Mächte und Österreich einverstanden sein werden. Man müsse sich klar darüber werden, welche Garantien verlangt werden. Es geht den Russen wirklich darum, in der Frage vorwärts zu kommen, schon aus sehr naheliegenden Gründen. Es beginnt sich eine transkontinentale Frontlinie von Lübeck bis Triest abzuzeichnen, die durch unser Land geht. Diese Linie wird immer mehr zur Realität und droht unser Land entzwei zu schneiden. Die Unterbrechung dieser Linie scheint augenblicklich eine der wichtigsten Aufgaben der russischen Diplomatie zu sein. Deren Ideal ist es, einen Zustand in Europa herbeizuführen, bei dem eine neutrale Zone zustandekommt, ähnlich wie sie

im Norden bereits durch Schweden und Finnland repräsentiert wird. Eine derartige Neutralitätszone, umfassend die Schweiz, Österreich und Jugoslawien würde Donaueuropa abschirmen. Sodann weist Bischoff auf gewisse Entwicklungen in Deutschland hin und erinnert an die Haltung der deutschen Beobachter auf der Berliner Konferenz 1954, wo man im Hotel am Zoo frohlockte, als eine Einigung über Österreich nicht zustandekam.

Die Aktion der Sowjetunion stellt primär den Versuch dar, eine weitere neutrale Sicherheitszone zu schaffen. Dies ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die vieler anderer Kollegen in Moskau, insbesondere der jugoslawische Botschafter steht ganz auf dieser Linie.

Die russische Aktion, die in Moskau äusserst dringlich erscheine, hat eine lange Vorgeschichte. Die ersten Anregungen wurden von mir schon vor fünf Monaten gemacht. Damals wurden sie von russischer Seite nicht aufgenommen, nun aber mit monatelanger Verspätung wieder hervorgeholt und in der Rede Molotow's vom 8. Februar erstmals hinausgestellt. Die russische Initiative ist also nicht ganz spontan vom Himmel gefallen.

Meine drei Gespräche mit Molotow haben dazu geführt, dass die Bundesregierung ihre bekannte Erklärung abgab, sie werde "jede wirkungsvolle Garantie unserer Sicherheit" begrüssen. Es bestehe daher über den wichtigsten Punkt eine grundsätzliche Einigung, daher sei die Einladung an die Bundesregierung ergangen, um zu beraten, wie diese grundsätzliche Einigung praktisch verwirklicht werden könne. Den Russen ist um diese Einigung sehr zu tun. Sollte die Einigung nicht zustandekommen, so gäbe es als Alternative nur die Fortdauer eines Zustandes, der sowohl uns wie der Sowjetunion sehr unangenehm ist und der in der Zukunft für uns noch äusserst gefährlich werden könnte. Vor zehn Jahren rückten französische Truppen in Tirol ein, heute stehen amerikanische Soldaten in Tirol, wer aber in zehn Jahren

dort stehen wird, wenn es so weiter geht, das weiss ich nicht.

Deutschland ist wieder im Begriff, die erste Militärmacht in Europa zu werden als Verbündeter der USA. Es ist also ganz unrichtig, wenn behauptet wird, die Freiheit werde uns aus fadenscheinigen Vorwänden vorenthalten. Das Jahr 1941 war für die Sowjetunion die grösste Katastrophe, die seit Dschingis Khan über Russland hereinbrach. Gegen eine Wiederholung dieser Katastrophe trachtet sich die Sowjetunion begreiflicherweise mit allen Mitteln zu sichern. Sie kann daher die vorhandene Sicherheit nicht aufgeben. Jeder russische Aussenminister, der dies täte, würde am gleichen Tag im Keller der Lubjanka erschossen werden.

Die Engländer haben sich nie wirklich gegen den Anschluss gestellt, standen ihm immer positiv gegenüber, daher genügt ihnen der nichtssagende Artikel 4, nicht aber den Russen. Als Artikel 4 niedergeschrieben wurde, konnte kein Russe ahnen, dass Deutschland wieder aufrüsten werde. Wenn die clausula rebus sic stantibus sogar bei existierenden Verträgen gilt, dann muss sie noch vielmehr für den Entwurf eines noch gar nicht niedergeschriebenen Vertrages gelten.

Ich habe vor meiner Abreise die gleichen Ausführungen gegenüber Herrn SEMJONOW gemacht, die ich Ihnen soeben vorgetragen habe. Ich sagte ihm, er solle sie Molotow weitergeben und mir sagen, wenn daran eine Korrektur gewünscht werde. Daraufhin erfolgte die Einladung.

Herr Bundeskanzler: Ich sehe die realen Gründe der Russen ein. Unsere Skepsis beruht aber auf dem Verhalten der Russen in den vergangenen Jahren, da die Sowjetunion als Aggressor auftrat. Für uns ergeben sich schwierige Fragen, wenn wir in eine Neutralisierung einsteigen, insbesondere wegen Deutschland. Wer wird dann die Russen aufhalten, wenn sie bis zum Atlantik marschieren wollen. Andererseits können wir die gebotene Hand nicht zurückweisen. Wir wollen aber

keine österreichische Unabhängigkeit unter russischem Protektorat.

Bischoff: Die Russen wollen sicherlich den Abschluss des Staatsvertrages und werden daher keine Bedingungen stellen, die weder Österreich noch die Westmächte annehmen könnten.

Gruber: Die Einladung hat bei der amerikanischen Regierung zwar keine Freude ausgelöst. Man sieht aber ein, dass sie von uns angenommen werden muss. Es wäre wichtig, dass die Reise nicht zu gross aufgezogen wird. Man sieht in Washington ein, dass wir keinen militärischen Bündnissen beitreten wollen, doch möchte man, dass wir diesem Punkt keine besondere Prominenz geben. Sollen schliesslich die USA allein den Kommunismus ablehnen? Das Wort "Neutralität" sollte möglichst wenig gebraucht werden, selbst wenn es dem Sinn nach zu einer solchen kommen würde. Man sollte diese neue Phase nicht als eine Bindung hinstellen, die Österreich aus dem bisherigen Zusammenhang herausnimmt.

Es ergeben sich nunmehr einige Fragen, wobei man über die Motive der sowjetischen Regierung nur spekulieren kann:

1. Problem der Einnischung:

Es gibt Garantien entweder mit Papier oder mit Massnahmen. Wenn über praktische Massnahmen verhandelt werden soll, so begeben wir uns auf ein sehr schwieriges Gebiet. Dulles sprach schon auf der Berliner Konferenz vom deutschen Handel, der sich machtvoll ausbreite. Die Konzeption einer Garantie, die Österreich wirtschaftlich oder handelspolitisch beschränkt, wäre unannehmbar.

2. Frage des Zeitpunktes:

Die Räumung von den Truppen muss derart festgelegt werden, dass es den Russen nicht freisteht, bei guter Gelegenheit wieder zurückzukommen. Für Washington wäre nur eine solche Lösung akzeptabel, bei der ab einem bestimmten Tag kein russischer Soldat mehr in Österreich bleiben kann.

Der Termin muss nach den österreichischen Bedürfnissen beurteilt werden. Es darf später nicht von dem Willen der Russen abhängen, Österreich etwa wieder zu besetzen.

3. Allfällige Revision des vorhandenen Staatsvertrags-
textes: Wir werden klarmachen müssen, in welcher Grenze wir eine Revision des Entwurfes wünschen. Die Russen werden darüber vielleicht mit sich reden lassen.

4. Prozedur:

Die Westmächte sind nicht bereit, zu einer Aussenministerkonferenz zu gehen, solange nicht die Ratifizierungsurkunden der Pariser Verträge hinterlegt worden sind. Dann aber werden die USA vielleicht sogar stark auf eine Konferenz drängen. Auch in den USA sind einflussreiche Kreise wegen der steigenden internationalen Spannungen sehr besorgt. Es wäre kein schlechter Gedanke, zuerst eine Klärung auf anderer Ebene zu versuchen, insbesondere in der Frage der Garantie und der Bündnisfreiheit und des "Timing" der Prozedur. Wenn die Herren der Bundesregierung am 17. April zurück sein sollten, ist man ja schon über den grössten Teil des April hinweggekommen.

5. Wie werden die amerikanischen Militärs reagieren?

Sicherlich nicht mit Freude, aber die Generäle entscheiden die amerikanische Politik nicht allein, wenn sie auch Einfluss darauf üben. Wenn eine Lösung gefunden werden sollte, der die österreichische Bundesregierung zustimmen kann, wird man vielleicht auch die Westmächte, insbesondere die Amerikaner, dazu bringen können, sie zu akzeptieren. Die USA könnte es sich schliesslich nicht leisten, eine wirkliche und praktische Lösung aus militärischen Gründen im Gegensatz zur Ansicht der Bundesregierung einfach zurückzuweisen.

Vollgruber: Die französische Regierung sieht die russische Aktion - im Gegensatz zu ihrer Ansicht vor vier Wochen - nunmehr als seriös an. Der Quai d'Orsay hat sicherlich nichts dagegen, wenn wir der Einladung nach Moskau Folge leisten. Paris sieht eine "Neutralisierung" nicht gerne schon wegen der Rückwirkung auf die Verhandlungen und die Entwicklung in Deutschland. Wenn wir uns aber selbst als souveräner Staat für neutral erklärten, dann hätte man sicherlich nichts dagegen.

Das Wort "Fristen" in der letzten russischen Antwort hat in Paris beunruhigt, weil es dort nicht klar erscheint, von welchen Ereignissen diese Fristen abhängig gemacht werden sollen. Man will schon in unserem Interesse nur festen und unabänderlichen Termin.

Die Franzosen sind nach der Ratifizierung bereit, an einer Vierer-Konferenz teilzunehmen, wenn auch vielleicht nicht sofort. Die französische Regierung ist sich noch nicht ganz klar, wie sie sich in den einzelnen Phasen verhalten soll. Schon vor einiger Zeit wurde eine Konferenz der grossen Vier vom Quai d'Orsay in ^{Washington} ~~Washington~~ und in London inoffiziell angeregt; insbesondere/über die Methoden sondiert, um zu einer solchen Konferenz zu gelangen.

Schwarzenberg: Das Foreign Office ist schwer zu einer Präzisierung seines Standpunktes zu bringen. Es hegt große Skepsis gegenüber unserer Einladung nach Moskau. Die Russen haben es bei allen Konferenzen verstanden, immer mehr für sich herauszuschlagen, ohne selbst Konzessionen zu machen. Man fürchtet, dass der Bundesregierung bei ihrer Reise nach Moskau von den Russen eine Reihe von Zugeständnissen versprochen werden, die sie natürlich nicht ablehnen könnte. Warum haben es die Russen plötzlich so eilig? Man fürchtet, dass die Russen wirklich konzessionsbereit sein werden und uns in Moskau in larger Weise in vielen Dingen nachgeben werden. Wenn es dann zu einer Vierer-Konferenz käme, wären die Westmächte in der peinlichen Situation, zu russischen

Zugeständnissen vielleicht sogar nein sagen zu müssen. Dies würde dann nach einem Frontwechsel aussehen, wobei Österreich auf Seite der Sowjetunion gegen die drei neisagenden Westmächte stünde. Diese Befürchtung werde noch durch den Umstand verstärkt, dass die Russen praktisch die ganze Bundesregierung nach Moskau haben wollen, wo dann jedes Wort, das dort von der Delegation gesprochen wird, für die ganze Bundesregierung verbindlich wäre. Die Bundesregierung könnte dann nach der Rückkehr aus Moskau nicht mehr die dort eingenommene Linie abschwächen. Ich habe natürlich erwidert, dass wir in Moskau keine Zusagen machen, sondern nur eine Klärung herbei führen wollen. Im Foreign Office wird mir darauf erwidert, wenn man "in corpore" fahre, so verhandle man eben. Anders sei es, wenn nur ein oder zwei Regierungsmitglieder "entsendet" würden. Ich glaube aber, wenn die Bundesregierung eine zusätzliche Garantie der österreichischen Unabhängigkeit von England fordern würde und eine solche auch von den USA konzidiert würde, dann bestünde doch Aussicht, dass das Foreign Office von seiner bisherigen starren Haltung abgehen könnte.

Gruber: Wenn der Staatsvertrag in Kraft tritt, dann erlischt die Funktion des Alliierten Rates. Wollen wir uns mit einer Botschafter-Konferenz begnügen oder will man nicht Vorschläge wegen Verlängerung des Alliierten Rates, insbesondere zur Sicherung für Wien, machen?

Herr Vizekanzler: Wenn wir am Staatsvertragstext viel herumarbeiten, könnten wir in Schwierigkeiten geraten. Wegen einer Änderung bzw. Fortsetzung des Kontrollabkommens könnte man entsprechende Erklärungen in einem Protokoll bei der Unterzeichnung des Vertrages oder knapp nachher niederlegen. Es müsste vielleicht ein Protokoll neben dem Staatsvertrag geschaffen werden, in welchem unsere Vorleistungen untergebracht werden. (Abzug der Besatzungstruppen, Übergabe der USIA-Betriebe, etc.) Übrig bliebe dann die Ratifikation des Staatsvertrages, auf deren Zeitpunkt wir ja keinen Einfluss haben können.

Gruber: Wenn man wieder beginnt über den Staatsvertrag zu verhandeln, dann ist kein Ende abzusehen. Neue Verhandlungen geben ja schliesslich auch den Westmächten eine erwünschte Gelegenheit alles ins Endlose hinauszuziehen.

Herr Bundesminister: Wenn auch nur ein Artikel des Entwurfes geändert werden soll, dann kommen wir in unendlichen Prozeduren. Der alte Staatsvertrag muss eben mit allfälligen Zusatzprotokollen angenommen werden. Alle Fristen müssen ab Unterzeichnung laufen; solange nur ein alliierter Soldat auf österreichischem Boden steht, muss auch der Alliierte Rat in irgendeiner Form weiter funktionieren.

Herr Staatssekretär: Eine Botschafterkonferenz in Wien würde die Rückkehr zur Situation am Ende der Berliner Konferenz bedeuten. Damals hat man uns gegen unser Versprechen, dass wir gegenüber den Russen festbleiben werden, die Fortsetzung der Verhandlungen auf einer Botschafterkonferenz zugesagt. Dulles hat dann plötzlich ohne Rücksprache mit den Beteiligten erklärt, dass er die Botschafterkonferenz nicht annehme. Ein Zurückgehen auf den letzten Vorschlag Molotow's auf der Berliner Konferenz würde die USA in eine ungünstige Situation bringen. Wir haben gegenüber den Westmächten auch immer eine echte Loyalität bewiesen, auch im Gegensatz zu gewissen Massnahmen kleinerer Funktionäre. Ist sich der Westen im klaren, dass das gegenwärtige Idyll in Österreich nicht unbedingt andauern muss? Ein vollkommenes Scheitern der Besprechungen mit den Russen könnte Folgen haben, gegen die uns der Westen nicht schützen kann. Wenn der Westen von uns eine energische und harte Haltung verlangt, was geschieht dann in Ost-Österreich?

Gruber: Die USA sind ja mit einer Konferenz einverstanden, wenn nur die Ratifizierungsurkunden einmal hinterlegt sind.

Herr Staatssekretär: Bischoff sagt: "Verbale Garantie an sich genüge nicht." Was ist darunter zu verstehen? Wenn wir in Moskau sein werden, können wir dann auch mit den dortigen Vertretern der Westmächte zusammenkommen?

Bischoff: Das wird bestimmt möglich sein, so wie es auch seinerzeit auf der Moskauer Konferenz unter dem damaligen Aussenminister Gruber der Fall war.

Herr Staatssekretär: Wir müssen mit Joxe, Bohlen und Hayter zusammenkommen, nicht nur bei grossen offiziellen Empfängen, sondern auch gesondert.

Zu der Bemerkung Botschafter Schwarzenbergs über die Gefahr, dass die Westmächte durch russische Konzessionen in eine unangenehme Lage kommen könnten, muss ich nur sagen, dass wir bei wirklichen Zugeständnissen nicht nein sagen könnten.

Schwarzenberg: Es kann aber doch Konzessionen geben, die eigentlich zu Lasten Dritter gehen. Es handelt sich vielleicht um die moralische Stärkung der russischen Seite. Ausserdem besteht die Gefahr, dass die Russen einmal sagen könnten, "Ihr Österreicher habt bei der Erwähnung gewisser Dinge ja doch freundlich lächelnd geschwiegen, wenn nicht gar genickt."

Gruber: Ich möchte nochmals betonen, dass eine Aussenministerkonferenz vor Hinterlegung der Ratifikationsurkunden des Pariser Abkommens nicht in Frage kommt, schon wegen der Möglichkeit ihrer Ausdehnung auf nicht dazugehörige Dinge. Die Hinterlegung der Urkunden sollte in ein bis zwei Monaten erledigt sein. Ich bin fest überzeugt, daß dann der Weg zu einer Außenministerkonferenz offen steht. Eine solche Konferenz besitzt auch viele Anhänger im amerikanischen Senat. Vielleicht könnte eine Österreich-Konferenz in Wien als taktisches Element als eine Art Zwischenstadium eingeschoben werden. Ich bin völlig überzeugt, daß eine Außenministerkonferenz noch in diesem Jahre zustande-

kommen muß. Es erscheint aber absolut notwendig, in verschiedenen Phasen zu arbeiten. Zuerst werden wir nach Moskau fahren. Dann werden wir auf Grund der dort gemachten Erfahrungen unsere Interessen auch gegenüber den Westmächten vertreten. Dies könnte man zunächst auf diplomatischem Wege versuchen, wobei die Aktionen parallel laufen sollten. Allerdings können wir uns nicht mit den Russen über etwas einigen, was den Westmächten nachher nicht annehmbar wäre. Es muß schon in Moskau getrachtet werden, das Verständnis eines so wichtigen Mannes wie Bohlen's zu gewinnen, dessen Berichte in Washington Gewicht haben. Wenn es zu einer Lösung kommt, die wir mit gutem Gewissen vertreten könnten, dann werden wir sie auch in Amerika und bei den anderen Westmächten durchsetzen. Wir dürfen damit aber nicht zu spät herauskommen.

Herr Bundeskanzler: Es steht jedenfalls fest, daß wir in unserer prinzipiellen Abwehr gegen den Bolschewismus keine politischen Konzessionen machen werden. Ich bitte die bei den Westmächten akkreditierten Botschafter, dies den jeweiligen Regierungen zu versichern. Weisen Sie dabei auch darauf hin, daß andere Staaten weniger brav sind als wir und erheblich intensivere Handelsbeziehungen mit dem Osten haben.

Gruber: Im Westen besteht sicherlich Vertrauen zu uns, aber man muß gewisse selbstverständliche Dinge immer wieder von neuem vorbringen. Nach erfolgter Ratifikation wird man im Westen viel selbstbewußter sein, sodaß man den Westmächten dann auch mehr wird zumuten können.

Schwarzenberg: Die Engländer pflegen leider sehr zu simplifizieren. Sie fragen, was stellen sich die Russen unter Garantien vor, wir Engländer wissen es nicht. Wie stellt ihr Österreicher euch die Garantien vor. Sollte man nicht schon vor der Reise nach Moskau den Westmächten andeuten, wie wir uns mögliche Garantien vorstellen? Das Foreign Office ist bekanntlich sehr besorgt und wir

könnten da sehr beruhigend wirken.

Bischoff: Die englische Regierung hat noch keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um ihre Besorgnis über den möglichen Abschluß des Staatsvertrages auszudrücken. Habeant sibi! Ich sehe nicht ein, warum wir die Engländer beruhigen müssen durch eine vorherige Erklärung, von der wir gar nicht wissen, ob sie uns später einmal nicht ungelegen kommen wird. Warum sollten wir uns eigentlich festlegen?

Bundesminister Figl verweist auf die Beilage 16 des Dossiers und ersucht die Botschafter, dieselbe zu studieren.

Gruber: Es handelt sich bei diesem Schriftstück um typische Verbalgarantien. Bischoff hat damit schon recht. Doch muss ich entgegenhalten, dass wir ohne die Westmächte keinen Staatsvertrag machen können.

Herr Bundeskanzler: Wir sind mit unserer Antwortnote an die Russen, in der wir ausdrücklich "jede wirkungsvolle Sicherung und Garantie" begrüßen, schon sehr weit gegangen. Die Garantien des Staatsvertragsentwurfes müssen die anderen geben, denn unser künftiges Bundesheer allein genügt nicht. Es steht zu hoffen, daß man in der Zukunft auch Deutschland verhalten wird, eine entsprechende Erklärung über die österreichische Unabhängigkeit abzugeben.

Herr Staatssekretär: Wir verstehen unter "wirkungsvollen Garantien" nicht das gleiche wie die Russen. Eine wirklich reale Garantie würde nach Ansicht der Russen wahrscheinlich die Verewigung der Besatzung bedeuten. Für uns ist aber eine gemeinsame Garantie der vier Mächte die wirkungsvollste Garantie.

Gruber: Es bleibt die Frage, ob man mit gesprochenen oder geschriebenen Worten die Russen überhaupt zufrieden stellen kann. Wenn dies möglich ist, dann wird man wohl

auch die Westmächte dazu bringen können. Ob die Russen mehr wollen, wird man nur an Ort und Stelle feststellen können. Die Russen haben in ihrer ersten Note von gewissen Maßnahmen in Deutschland gesprochen. Dieser Passus scheint aber inzwischen fallen gelassen worden zu sein.

Herr Bundesminister: Die Herren Botschafter werden morgen bei mir wieder zusammenkommen und auch am Abend zu weiteren Gesprächen bei der Einladung des Herrn Bundeskanzlers Gelegenheit haben. Wir müssen halt Optimisten bleiben. Die Herren Botschafter sollen Freitag mittag zurückfahren und uns über die Reaktionen der Außenminister möglichst bald berichten.

Der Herr Bundeskanzler stellt fest, daß die Reise aller Voraussicht nach in der Zeit vom 11. bis zum 17. April stattfinden werde, und fügt hinzu, daß Österreich in keiner Weise dem Kommunismus eine Türe öffnen werde. Er bittet die Botschafter in London, Paris und Washington, das ihren jeweiligen Regierungen nochmals ganz deutlich zu sagen. Diese unsere Haltung sei eine feste Garantie der österreichischen Unabhängigkeit.

Ende 17.55 Uhr.